Antrag

beschlossen von der 199. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 12. November 2026

Zukunftsdepot und Gerechtigkeit: Bei denen, die nichts sparen können, wird gespart

Die Bundesregierung plant mit dem sogenannten „Zukunftsdepot“ eine steuerliche Förderung der Vermögensbildung für Kinder. Eltern sollen jährlich bis zu 5.000 Euro pro Kind einzahlen können, wobei die Kapitalerträge steuerfrei bleiben. Was nach besseren Zukunftschancen klingt, droht bestehende soziale Ungleichheiten zu verstärken. Denn ob Kinder Vermögen aufbauen können, hängt wesentlich vom Einkommen und der finanziellen Situation ihrer Eltern ab.

Wer bereits über finanzielle Mittel verfügt, profitiert – wer nichts sparen kann, geht leer aus.

Die Chancen von Kindern sind in Österreich nach wie vor stark von ihrer sozialen Herkunft abhängig. Das zeigt sich insbesondere bei Bildung und Gesundheit. So erreichen laut OECD 63 Prozent der 25- bis 34-Jährigen mit zumindest einem tertiär gebildeten Elternteil selbst einen tertiären Bildungsabschluss. Sind die Eltern ohne Abschluss der Sekundarstufe II, sind es lediglich 16 Prozent.

Finanziell abgesicherte Familien können ihren Kindern bessere Wohn- und Bildungsbedingungen bieten, Freizeitaktivitäten finanzieren und sie beim Start ins Erwachsenenleben unterstützen. Das Zukunftsdepot würde diesen privaten Vorsprung durch zusätzliche staatliche Steuervorteile verstärken.

Wer nicht sparen kann, profitiert nicht

Um den maximalen Betrag von 5.000 Euro jährlich einzuzahlen, müssen Eltern rund 417 Euro pro Monat und Kind zurücklegen können. Bei zwei Kindern sind das mehr als 830 Euro monatlich. Für viele Familien ist das angesichts der laufenden Kosten für Wohnen, Lebensmittel und Energie nicht realistisch.

Laut Momentum Institut kann das einkommensschwächste Drittel der Haushalte im Durchschnitt kaum oder gar nichts sparen. Die volle steuerliche Begünstigung können daher vor allem finanziell besser gestellte Familien nutzen. Bei maximaler Einzahlung über 18 Jahre ergibt sich laut der Analyse eine Steuerbegünstigung von rund 23.700 Euro pro Kind. Familien, die nichts einzahlen können, erhalten aus dieser Steuerbefreiung keinen Vorteil.

Wenn der Staat jungen Menschen einen finanziellen Grundstock für Ausbildung, Wohnen oder Unternehmensgründung ermöglichen will, darf die Unterstützung nicht davon abhängen, wie

viel ihre Eltern sparen können. Öffentliche Förderung muss Nachteile ausgleichen, statt bestehende Vermögensvorteile über Generationen zu verstärken.

Antrag

Die 199. Vollversammlung der Arbeiterkammer Vorarlberg fordert die Bundesregierung auf,

1. **das Zukunftsdepot nicht so umzusetzen, dass die staatliche Förderung wesentlich von Einkommen, Vermögen und Sparfähigkeit der Eltern abhängt;**
2. **Chancengerechtigkeit bei der Vermögensbildung von Kindern und Jugendlichen zum zentralen Maßstab zu machen;**
3. **zusätzliche Förderungen sozial zu staffeln und Kinder aus Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen stärker zu unterstützen;**
4. **sicherzustellen, dass die Finanzierung nicht durch Kürzungen bei Familien-, Bildungs-, Gesundheits- oder Sozialleistungen erfolgt;**

Denn die Zukunftschancen eines Kindes dürfen nicht davon abhängen, wie groß die Geldtasche seiner Eltern ist.